

The logo consists of a yellow speech bubble shape containing a stylized yellow icon of two overlapping speech bubbles. Below the icon, the text "freiburger diskurse" is written in a lowercase, sans-serif font.

freiburger  
diskurse

# WAHL- PROGRAMM

sucht Partei



# Was uns wichtig ist:

Vorwort

Brief an DIE GRÜNEN

---

## **FreeBlackZero!**

01 \_ Für eine zeitgemäße Staatsfinanzierung

## **Der Teufel schießt immer auf den dicksten Haufen.**

02 \_ Für leistungsfähige Kommunen

## **Make Gelsenkirchen schön again!**

03 \_ Für lebenswerte (Wohn-)Räume in ganz Deutschland

## **Schützt den Kapitalismus vor sich selbst!**

04 \_ Für eine stabile Marktwirtschaft dank guter Löhne

## **Wer über Produktivität nicht reden will, soll zur Rente schweigen.**

05 \_ Für eine Stärkung der gesetzlichen Rente

## **Was wertvoll ist, entscheidet die Gesellschaft, der Markt darf helfen.**

06 \_ Für gute öffentliche Güter und adäquat bezahltes öffentliches Personal

## **Treibt den Exportismus aus!**

07 \_ Für eine ausgeglichene Leistungsbilanz im Interesse Deutschlands

## **Kreislauf statt Hamsterrad!**

08 \_ Für eine Wirtschaft des Re-USings, des Recyclings und der Reparatur

## **Vier Krisen, eine Lösung**

09 \_ Für mehr Tempo bei der Agrarwende und bei der Bekämpfung von Artenschwund, Klimawandel und Übergewicht

## **Back to boring banking!**

10 \_ Für einen stabilen Finanzsektor im Dienste der Realwirtschaft

## **Europa, du Freude, du schöner Götterfunken, du Problemkind!**

11 \_ Für eine europäische Debatte zu Demokratie und Ökonomie

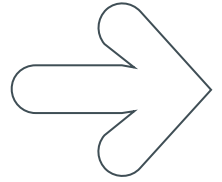
---



**Veranstaltungen der Freiburger Diskurse**

# Wahlprogramm sucht Partei!

## Vorwort



„Wahlprogramm sucht Partei!“ Gesagt wird damit, dass es keine Partei gibt, die unser Programm vertritt. Warum gründen wir dann nicht unsere eigene Partei?

Weil die Erfolgsaussichten einer solchen Partei eher schlecht wären. Denn für eine neue Partei mit neuen Schwerpunkten bedürfte es einer echten Umbruchsituation. Vielleicht leben wir tatsächlich in einer Zeit des Umbruchs, sie wird aber als eine solche von den Menschen nicht begriffen. Begreifen zeigt sich im Handeln, nicht im Reden.

Alle wissen, dass wir einen grundsätzlichen ökologischen Umbau der Gesellschaft brauchen, dass irgendwas mit dem real existierenden Kapitalismus ziemlich im Argen liegt und dass die Gesellschaft in gut versorgte Insider und immer schlechter versorgte Outsider auseinanderzuberechnen droht.

Veränderung will die Mitte der Gesellschaft aber eigentlich nicht – auch wenn jeder brav seinen Müll trennt, gerne mal ein veganes Schnitzel isst, eine Solaranlage auf dem Dach hat, die AfD über Werte belehrt und weiß, dass Klatschen das Portemonnaie von Pflegern nicht füllt. In der Mitte ist es noch immer für viele sehr gemütlich.

Politiker wollen Macht. Diese Macht kommt im Idealfall vom Wähler. Was sie mit dieser Macht anfangen, hängt auch von der öffentlichen Meinung ab. Unsere Zielgruppe ist deswegen die Öffentlichkeit. Wir wollen den Wähler für vernünftige politische Ideen gewinnen, die der Parteienbetrieb erst aufnehmen wird, wenn das Publikum ihn damit konfrontiert. Wir wollen die Mitte – aber nicht nur sie – gewinnen, bevor es auch für sie wirklich ungemütlich wird.

Auf den nächsten Seiten finden Sie unser Programm. Die ausgewählten Maßnahmen stellen unseres Erachtens eine Notwendigkeit dar, wenn unsere Gesellschaft zukunftsfähig werden soll und wir die Erde für uns als lebenswert erhalten wollen. Alle unsere Vorschläge sind machbar. Traumtänzer sind die, die glauben, dass alles so bleiben kann, wie es ist.

Wenn wir Sie davon überzeugen konnten, dann tragen Sie unsere Vorschläge weiter – vor allem laut in die Parteien hinein. Eine starke Zivilgesellschaft kann Parteien ändern. Und die Parteien werden sich ändern, weil sie die politische Macht haben wollen.

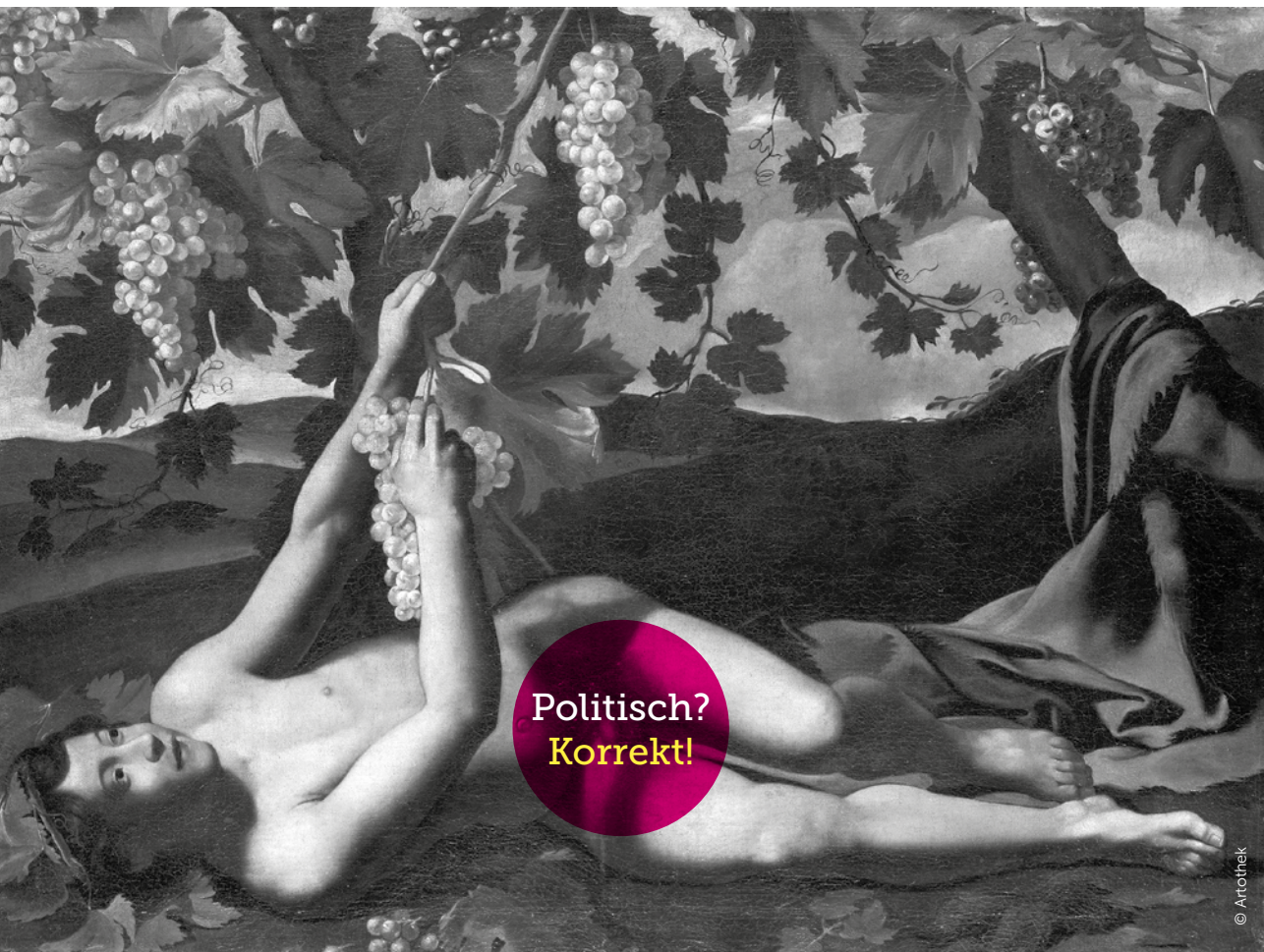
Marcus Brian

Heinrich Röder

Dr. Paul Steinhardt



**Liebe GRÜNE, ihr werdet  
wahrscheinlich Regierungs-  
verantwortung im Bund  
übernehmen, ...**



**Politisch?  
Korrekt!**

... in Baden-Württemberg stellt ihr schon den Chef. Ministerpräsident Kretschmann musste sich erst einmal selbst beruhigen, indem er ein öffentliches Bekenntnis zur Schuldenbremse ablegte, bevor er den Klimaschutz zur Menschheitsaufgabe Nummer 1 erklären konnte. Lasst euch gesagt sein: So wird das nichts!

**KLIMAKLOTZEN ist angesagt.** Dazu müsst ihr euch von altmodischer Politik verabschieden. Mit angezogener Bremse gibt es entweder soziale Verwerfungen und Widerstand gegen eine konsequente Klimarettung – weil im „Sozialen“ gespart wird – oder die Rettung bleibt aus. Lernt von Biden, dem man nur viel Erfolg wünschen kann!

Wir haben in unserem Wahlprogramm nur zwei explizit ökologische Themen aufgegriffen, die immer wieder vergessene Landwirtschaft und die in den Kinderschuhen steckende Kreislaufwirtschaft.

Wir wollen zu breit diskutierten Themen wie der Energiewende nicht noch einmal Ähnliches wie andere schreiben – wir beschreiben stattdessen **vor allem die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen, damit der ökologische Umbau überhaupt gelingen kann.** Diese werden allzu oft vergessen oder durch Lippenbekenntnisse geschickt beiseitegeschoben.

Schaut euch an, was wir vorschlagen, und greift beherzt zu!

Euer  
Freiburger Diskurse e.V.

Eure  
MAKROSKOP GmbH

P.S.: Die anderen Parteien dürfen auch zulangen.

# 01

## FreeBlackZero!

### Für eine zeitgemäße Staatsfinanzierung

Von der schwäbischen Hausfrau sollen wir lernen, dass die Politik der schwarzen Null klug ist. Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied zwischen einem privaten Haushalt in Schwaben oder anderswo und dem Staatshaushalt: Während die Geldmittel für Private begrenzt sind und Sparen deshalb sinnvoll ist, sind die finanziellen Mittel eines Staates in eigener Währung unbegrenzt. Sparen um der schwarzen Null willen ist deshalb gefährlicher Unfug, schadet es doch unserem Land, wie die bröckelnde Infrastruktur eindrücklich unter Beweis stellt.

Es war Angela Merkel, die die sparsame schwäbische Hausfrau zum Leitbild der Nation erklärte.

In der Tat: Schwäbinnen mussten in ihrem kargen Land mit harten Witterungsbedingungen haushalten. Sorge ich für den Winter nicht vor, werde ich verhungern müssen. Das Einlagern von Lebensmitteln war das Gebot der schweren Zeit. Die sparsame Schwäbin hilft aber nicht weiter, wenn wir vom Staat mit einem modernen Geldsystem reden. Auch wenn viele Politiker und Ökonomen etwas anderes erzählen: Geld muss vom Staat nicht in Säcken im Keller gelagert werden, damit es in der Not ausgepackt werden kann.

Nicht Geld auf Staatskonten, sondern eine funktionsfähige Wirtschaft und öffentliche Infrastruktur sind entscheidend – für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft. Stellen Sie sich eine Wirtschaft vor, in der nichts mehr produziert wird, aber viel Geld auf privaten und staatlichen Konten liegt. Es liegt auf der Hand: Geld allein hilft genau gar nichts.

Ein Staat kann von seiner Zentralbank (für Deutschland wäre das die EZB) all das Geld bekommen, das er benötigt – durch einen simplen Computereintrag. Geld ist ein Steuerungsmittel, kein (knappes) Ding wie Gold oder Öl. Das klingt erst einmal irritierend, wissen wir alle doch aus eigener Erfahrung, dass wir unser Geld nicht beliebig vermehren können. Der Staat aber ist in einer komplett anderen Situation.

Entscheidend ist, dass ihm das Geld von seiner Zentralbank und nicht vom Ausland in einer anderen Währung zur Verfügung gestellt wird. Der Staat ist nicht auf den Goodwill der Märkte angewiesen, wenn er Geld braucht. Die Banken, die dem Staat Geld leihen, haben sich das vorher bei der Zentralbank geholt. →



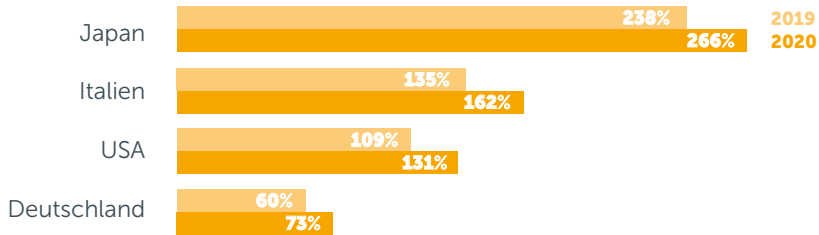


*„Denn wie schnell der [ökologische] Umbau möglich ist, hängt nicht davon ab, ob der Staat sich 50 Milliarden zusätzlich leisten kann oder nicht. Das kann er! Es geht nicht ums Geld, sondern um die verfügbaren realen Ressourcen. Welche Qualität und Quantität von „Produktionsfaktoren“ stehen zur Verfügung? Wie steht es um die produktiven Kapazitäten bei Baufirmen, Planern, Großhändlern und Herstellern? Wie schnell können Bauprojekte geplant und freigegeben werden? Gibt es genügend Monteure und Ingenieure mit der passenden Qualifikation? Wie schnell können zusätzlich benötigte Arbeitskräfte ausgebildet werden? Kommen wir an die Rohstoffe, Materialien und Technologie, um Solarflächen, Bahnschienen und Stromtrassen auszubauen? Wo sind potenzielle Flaschenhälse? Darum geht es – nicht ums Geld.“*

**Maurice Höfgen (MAKROSKOP.EU, 29.4.2021)**



### Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Japan wird nicht pleitegehen, obwohl es so hohe Schulden hat, und Japan hatte auch keine Probleme bei der finanziellen Bewältigung der Corona-Krise, obwohl die Verschuldung viel höher ist als die Deutschlands.

Quelle: Internationaler Währungsfonds gem. Wikipedia (Angaben 2020 sind Schätzungen)





Sind wir also im Paradies gelandet? So einfach ist es leider nicht. Ein verantwortungsvoller Staat braucht zwar sein Konto nicht im Auge haben, sehr wohl aber muss er sich über die Produktionskapazitäten, über die ein Land verfügt, ernsthafte Gedanken machen. Ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern größer, als es das Angebot sein kann, besteht bei zusätzlichen Ausgaben das Risiko einer Inflation. Dabei muss man sich die einzelnen Wirtschaftssektoren anschauen. Wenn z. B. der Staat große Bauprojekte anstoßen oder endlich alle Schulen renovieren will, dann muss er vorher analysieren, ob es genügend Baukapazitäten gibt. Gibt es die nicht, muss er durch klare Signale an die Bauwirtschaft dafür sorgen, dass neue Kapazitäten aufgebaut werden. Seine Nachfrage nach Bauleistungen wird er in einer solchen Situation stetig, aber langsam steigern. Der Wettbewerb unter den Bauunternehmen verhindert dabei einen zu starken Preisanstieg. Nicht das staatliche Geldvermögen, sondern die realen Ressourcen einer Volkswirtschaft setzen dem Staat Grenzen. Wenn es keinen Zement gibt, kann er nicht bauen – egal, wieviel Geld ihm die EZB gibt.



Es scheint verrückt, ist aber wahr: Steuern haben für den Staat (den Bund) keine Finanzierungsfunktion. Sie übernehmen Lenkungsfunktionen: So können sie z. B. von reich zu arm umverteilen; sie können dem Markt nachfragewirksames Geld entziehen, um Inflation zu verhindern; sie können Verhalten bestrafen oder belohnen; sie können den Reichen Geld wegnehmen, um Finanzblasen zu verhindern.

**Nachfolgende Generationen werden nicht durch hohe Staatsschulden belastet. Der Staat kann sich immer über seine Zentralbank Geld beschaffen. Nachfolgende Generationen werden durch schlechte Ausbildung, mangelhafte Infrastruktur und eine zerstörte Umwelt belastet.**



## Unser Programm:

- **Die Schuldenbremse wird aus allen Bundes- und Länderverfassungen gestrichen.**
- **Stattdessen wird in das Grundgesetz aufgenommen, dass die Regierung in ihrem Handeln mit gleichem Nachdruck die vier Ziele niedrige Inflation, geringe Arbeitslosigkeit, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum zu verfolgen hat.**
- **Die Finanzbürokratie wird so umgebaut, dass die Verwaltung nicht finanzielle Beschränkungen (die es für den Bund nicht gibt), sondern die Bedürfnisse der verschiedenen Ressorts und das Ressourcenpotential analysiert. Auf dieser Analyse aufbauend werden die Investitions- und Konsumentscheidungen des Staates getroffen.**

## Der Teufel schießt immer auf den dicksten Haufen.

### Für leistungsfähige Kommunen

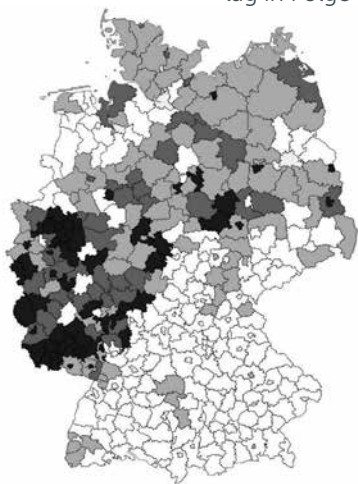
Wenn wir überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen (wie es das Grundgesetz vorsieht), muss die Finanzierung der Kommunen neu geregelt werden. Kommunen mit hohen Schulden sind selten Opfer ausgabewütiger Lokalpolitiker, sondern eher fehlender Struktur- und Regionalpolitik des Bundes. Und allzu oft drücken Bund und Länder den Gemeinden Aufgaben aufs Auge, ohne den Scheck mitzugeben.

Es gibt sie, die Geschichten von Bürgermeistern, die sich fragwürdige und zu teure Denkmäler setzen wollen, und auch die Geschichten vom sparsamen Stadtoberhaupt, das immer noch die Büroeinrichtung aus den 1970er Jahren nutzt und darauf stolz ist. Solche gern kolportierten Erzählungen gehen aber am Kern der Probleme von Kommunen vorbei.

Man glaubt es kaum, aber das Ruhrgebiet war in den 1950er Jahren so beliebt wie heute München. Die Region boomte und es ging allen gut, auch den Gemeinden. Dann kam das billige Öl und verdrängte die Kohle. Die Stahlindustrie wurde verstärkt der internationalen Konkurrenz ausgesetzt und lag in Folge ebenfalls darnieder.

An plötzlicher Faulheit der Ruhrpottler lag der Niedergang des Ruhrgebiets nicht. Mangelhafte Strukturpolitik des Bundes – nicht unverantwortliche Lokalpolitiker – hat zu den leeren Kassen dieser Gemeinden geführt (siehe dazu auch den Abschnitt zum „Wohnen“). Hinzu kommt, dass den Kommunen immer wieder eine ausreichende Finanzausstattung für die Aufgaben verweigert werden, die ihnen per Gesetz vorgeschrieben werden.

Die folgenden Vorschläge sollen für mehr Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands sorgen und den Gemeinden wieder die Luft für dringend nötige Investitionen in die kommunale Infrastruktur und Daseinsfürsorge verschaffen. Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investor und sie müssen diese Rolle wieder angemessen ausfüllen können. Zurzeit machen sie Schlagzeilen, wenn endlich mal wieder eine Schultoilette renoviert wird.



**Die höchst verschuldeten Gemeinden sind diejenigen, die nach dem Zusammenbruch alter Produktionsstrukturen nicht in ausreichendem Maß Neues aufbauen konnten. Je dunkler die Region ist, desto höher ist die Pro-Kopf-Verschuldung**

## Unser Programm:

- **Alles zurück auf Los! Die Schulden der Gemeinden werden durch den Bund so zurückgeführt, dass alle Gemeinden die gleiche Verschuldung pro Einwohner haben.**

Gering verschuldete Gemeinden genießen in der Regel zufällige Standortvorteile. Es war nicht das Verdienst des Ruhrgebietes, dass es Kohle im Boden hatte. Und es war nicht das Verdienst Münchens, dass Siemens aufgrund der deutschen Teilung Berlin nach 1945 verlassen und eine neue Heimat suchen musste. Ziel dieser Entschuldung ist es, die Basis für eine Chancengleichheit für alle Gemeinden herzustellen, die es bisher nicht gab.

- **Wer bestellt, bezahlt! In Zukunft gilt konsequent das Prinzip der Gesetzeskausalität, das heißt, wer Aufgaben für die Gemeinden festlegt, ist auch für die Finanzierung verantwortlich.**

In Deutschland müssen Gemeinden oft Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung durch Bund oder Land übernehmen. Beispiele sind vom Bund festgelegte Sozialleistungen oder auch die Unterbringung von Geflüchteten.

- **Die Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern werden künftig vom Bund nach Köpfen verteilt.**

Zurzeit richtet sich der Anteil weitgehend nach der Wirtschaftskraft einer Gemeinde. Wer viel hat, bekommt viel. Ungleichheit wird so zementiert.

- **Der Anteil der Kommunen am Umsatzsteuereinkommen wird erhöht, der an der Einkommensteuer reduziert.**

So sind die Steuereinnahmen der Gemeinden krisenresistenter.

- **Bund und Länder werden per Gesetz darauf verpflichtet, Einnahmenschwünge der Gemeinden aufgrund unerwarteter Schocks – wie bei Corona zum Teil geschehen – zu kompensieren.**

- **Kommunale Autonomie und kommunale Aufsicht gleichermaßen stärken!**

Die Autonomie der Kommunen drückt sich z. B. in dem Recht aus, eigene Steuern zu erheben, aber auch in den konkreten Investitionsentscheidungen. Wenn Kommunen von dem bisherigen finanziellen Schraubstock befreit werden, dann bedarf es einer aufmerksamen Haushaltsaufsicht, um zu verhindern, dass falsche Ambitionen eines Bürgermeisters eine Gemeinde in den Ruin treiben.



# 03

## **Make Gelsenkirchen schön again!**

### Für lebenswerte (Wohn-)Räume in ganz Deutschland

Bekannte Devisen sind: „Macht dem Bauwilligen den Weg frei.“ Oder: „Bauen, bauen, bauen!“ Doch lösen wir damit das Wohnungsproblem? Wie kommt es, dass in Deutschland gleichzeitig 600.000 Wohnungen fehlen und 2 Millionen Wohnungen leer stehen? Die unsichtbare Hand des Marktes braucht die sichtbare Hand des Staates.

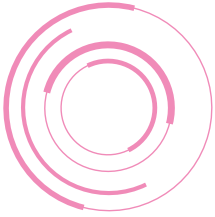
Freiburg mag eine der wenigen attraktiven Schwarmstädte sein, in die Menschen in erster Linie wegen des Freizeitwertes ziehen. In der Regel entstehen Ballungszentren aber, weil sie Arbeitsplätze bieten. Das Ruhrgebiet entwickelte sich in der Mitte des letzten Jahrhunderts zur am dichtesten besiedelten Region Europas. Es waren die Arbeitsplätze der Schwerindustrie, die die Menschen anzogen.

Nun ziehen die Menschen nach München – vor allem der Jobs und nicht der Biergärten wegen. Solange München gute Arbeit bietet, werden die Menschen nach München gehen – auch wenn das Wohnen teuer, der Verkehr unerträglich und die teure Hütte eine langweilige Doppelhaushälfte am trostlosen Rand von München ist. Boomende Regionen können niemals ausreichenden Wohnraum anbieten. Gut zahlende Arbeitgeber ziehen qualifizierte Mitarbeiter an, diese ziehen wieder neue Arbeitgeber an: Ein Ende der Spirale ist nicht in Sicht. Das Wohnen bleibt teuer, wenn man nicht gegensteuert.

Was können wir tun? Den Schwarzwald und die Alpen kann man zwar nicht überall haben, aber schöne Städte und eine Strukturpolitik, die attraktive Arbeit besser übers Land verteilt, sind machbar. Das Ruhrgebiet lebte von der Kohle in der Erde, diese Standortgebundenheit gibt es heute nicht mehr. Die wichtigste Ressource sind die Menschen, und die gehen dorthin, wo es Arbeit und damit Lebensqualität gibt. In der Regel müssen die großen Unternehmen vorangehen. Große Unternehmen ziehen die vielen kleinen nach. Das ist ein langfristiger Prozess, den man nur wollen muss.

Vernünftige Strukturpolitik muss um die richtige Wohnungspolitik ergänzt werden. In Wien sind rund 50 % der Wohnungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft. Diese Wohnungen bieten nicht nur günstigen Wohnraum, sondern dienen als Preisanker. Damit das so sein kann, müssen sie vielen Menschen, nicht nur den sozial Schwachen zugänglich sein.





© istockphoto.com/ AndreasWeber

Der private Anbieter muss immer die öffentliche Konkurrenz und ihre Preise im Auge behalten und kann nur mit Qualität punkten. Mietpreisexplosionen wird es in Wien nicht geben. Solange Freiburg oder München als relativ attraktiv gelten, wird es dort eine hohe Nachfrage nach Wohnungen geben. Dies kann auch durch einen hohen Anteil öffentlichen Wohnungsbaus nicht befriedigt werden. Aber durch den Preisanker des öffentlichen Wohnungsbaus kann der Wohnraum trotz Knappheit bezahlbar bleiben.

## Unser Programm:

- **Boomtowns in öffentliche Hand! Gebaut wird in Ballungszentren (fast) nur noch von den Kommunen oder gemeinnützigen Trägern.**

Kommunen verkaufen, wenn überhaupt, Flächen nur an gemeinwohlorientierte Wohnbauunternehmen. Das Recht von Gemeinden, Grundstücke zu erwerben („gemeindliches Vorkaufsrecht“), wird erweitert und konsequent bei neuem Wohnraum angewandt. Es wird so lange vorrangig öffentlich oder gemeinnützig gebaut (das kann auch „bessere“ Wohnungen umfassen), bis ein Gleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Wohnungsbau hergestellt ist. Das wird die private Bauindustrie nicht stören, allenfalls den privaten Projektentwickler.

- **Der Bund gibt den Kommunen das Geld für den Bau neuer Wohnungen.**

Das kann auch in Form von Darlehen an städtische Wohnungsgesellschaften erfolgen, getilgt wird aus den Mieteinnahmen.

- **Hochschulen, andere Bildungseinrichtungen, Ämter und Behörden werden konsequenter über die Republik verteilt und gerade auch in schwachen Regionen angesiedelt.**

Bildungseinrichtungen ziehen junge Leute an. Gut ausgebildete Menschen ziehen Unternehmen an.

- **Wir müssen den großen Unternehmen (leider) Zucker in den Hintern blasen. Nur so gelingt eine konsequente Förderung schwacher Regionen.**

In einem verpflichtenden Plan für Regionalentwicklung werden auf allen staatlichen Ebenen Entwicklungsziele für schwächere Regionen definiert. Wesentlicher Punkt dieses Plans muss eine Wirtschaftspolitik sein, die in definierten Regionen Industrien und Dienstleistungen ansiedelt. Die großen Unternehmen müssen vorangehen und gelockt werden.



# 04

## Schützt den Kapitalismus vor sich selbst!

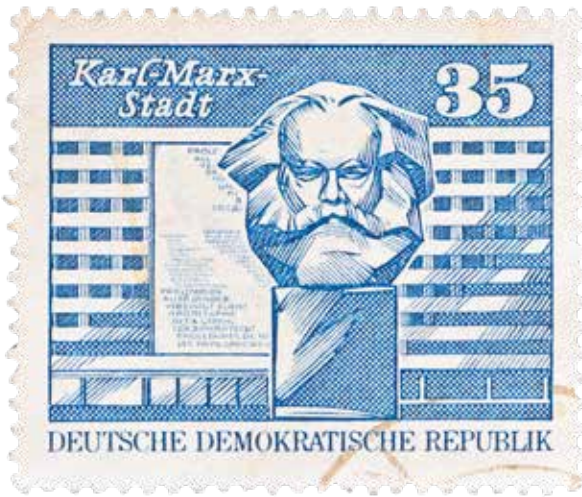
### Für eine stabile Marktwirtschaft dank guter Löhne

Der zentrale Konflikt einer kapitalistischen Ordnung ist auch heute noch der zwischen Arbeit und Kapital: Unternehmen wollen maximale Gewinne machen, und jedes einzelne Unternehmen wird deswegen immer bemüht sein, den wichtigsten Kostenfaktor, nämlich die Löhne, niedrig zu halten. Gleichzeitig sind Unternehmen in ihrer Gesamtheit aber darauf angewiesen, dass die Menschen ihre Produkte nachfragen. Und dafür brauchen die abhängig Beschäftigten gute Löhne. Deswegen ist eine Kostensenkung durch Lohndumping statt durch Produktivitätssteigerung aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive auf Dauer zum Scheitern verurteilt.

Deutschland ging insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten nicht den Weg der guten Löhne, sondern suchte sein Heil im Ausland. Der ausländische Absatzmarkt kann eine durch niedrige Löhne geschwächte Binnennachfrage kompensieren. Dies ist natürlich keine Lösung für alle Staaten dieser Welt (es können nicht alle Staaten mehr exportieren als importieren). Und: Auch wenn es anders scheint, schadet sich Deutschland mit diesem Weg selbst (siehe Abschnitt „07\_Exportismus“). Zudem hat Deutschland einfach Glück gehabt, als in der Zeit der rot-grünen Regierung Anfang des Jahrtausends die Lohndrückerei ihren Höhepunkt erreichte. Nur in einem System fester Wechselkurse, wie es der Euro ist, konnte dies funktionieren. Bei freien Wechselkursen hätte die starke Nachfrage nach DM (weil alle Welt unsere Produkte erwerben will) zu einem Anstieg des DM-Wertes geführt. Der gestiegene Wechselkurs hätte die deutschen Produkte verteuert. Der durch die niedrigen Löhne gewonnene Kostenvorteil wäre so durch den Wechselkurs zunichte gemacht worden.

Nach dem zweiten Weltkrieg war in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien die goldene Lohnregel mehr oder weniger bestimmend. Sie besagt, dass die Lohnsteigerung der abhängig Beschäftigten sich im Durchschnitt an der Produktivitätssteigerung im Land orientiert (bei zusätzlichem Inflationsausgleich). Wird der produzierte Kuchen größer, bekommen alle ein größeres Stück. Dahin müssen wir zurück.

In Deutschland gilt die Tarifautonomie, aber selbstverständlich hat politisches Handeln Einfluss auf die Lohnbildung. Das ist nicht zuletzt (negativ) durch die Hartz-IV-Gesetzgebung deutlich geworden. Die folgenden Maßnahmen liegen alle in der Hand der Politik und können dazu beitragen, dass Löhne gezahlt werden, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechen.



© istockphoto.com/ KenWiedemann



**Marx glaubte, dass der Kapitalismus sich selbst überwindet. Tut er aber nicht, er bleibt. Wir müssen ihn in den Dienst der Menschheit stellen.**

Die Versuche, adäquate Lohnabschlüsse mit dem Verweis auf die „leeren Kassen“ des Staates abzuwehren, verfangen nicht mehr, wenn man verstanden hat, wie die Finanzierung eines Staates funktioniert (siehe Abschnitt „01\_Staatsfinanzierung“). Der Staat muss sich bei seinem Lohnangebot an der erwarteten Produktivitätsentwicklung und der angestrebten Inflation orientieren und in den nächsten Jahren nach und nach einen Ausgleich für die zu niedrige Lohnentwicklung der vergangenen Jahren zahlen.

In den letzten Jahrzehnten wurde das Instrument des Tarifvertrags geschwächt. Die Ausnahme vom Tarifvertrag wurde zur Regel. Damit sollte der angeblich besonderen Situation von einzelnen schwachen Unternehmen Rechnung getragen werden. Mit der Rückkehr zur Tradition der allgemeinverbindlichen Tarifverträge wird der Produktivitätsdruck auf Unternehmen erhöht. Frankreich, Finnland und die Niederlande können beispielsweise als Vorbild dienen.

Dann zählt wieder die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens im Wettbewerb, und nicht mehr seine Fähigkeit, Löhne zu drücken. Damit Unternehmen die Löhne nach Tarifvertrag zahlen können, müssen sie „State of the Art“ produzieren. Unternehmen, die dies nicht können, werden vom Markt verschwinden. Das ist im Einzelnen schmerzhaft. Gesamtgesellschaftlich zählt aber die Produktivitätssteigerung durch den Tarifvertrag. Nur eine hohe Produktivität, also ein hoher Grad der Automatisierung, sichert den materiellen Reichtum unserer Gesellschaft. →



# 04

## Unser Programm:

- **Maxime politischen Handelns muss sein, dass die goldene Lohnregel bei der durchschnittlichen Lohnbildung eingehalten wird und die Einkommen nicht zu weit auseinanderdriften.**
- **Der Staat ist der wichtigste Arbeitgeber in Deutschland. Er muss seine Verantwortung wahrnehmen und zu einer Anhebung des allgemeinen Lohnniveaus beitragen. Der Staat fungiert dabei auch als Preisanker für den privaten Sektor.**
- **Gender-Sterntaler sind wichtiger als Gender-Sternchen. Familien- und Hausarbeit gehören bezahlt.**  
Liebe geht zwar durch den Magen, aber da bei Geld die Freundschaft aufhört, fängt die Emanzipation der Frau beim Geld an. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Aufstiegsperspektiven für Frauen sind selbstverständlich. Aber: Es sind immer noch die Frauen, die für die Familie ihren Beruf aufgeben, lange aussetzen oder sich doppelbelasten. Schweinezucht wird bezahlt, das Aufziehen von Kindern nicht. Kindererziehung ist gesellschaftlich notwendige Arbeit und muss deswegen vom Staat bezahlt werden. Vielleicht finden dann auch mehr Männer den Weg in die Küche. Wenn diese Arbeit angemessen bezahlt wird, werden wir um Steuererhöhungen nicht herumkommen – nicht weil der Staat sie zur Finanzierung braucht, sondern zur Inflationsdämpfung.
- **Die Hartz-IV-Gesetzgebung wird wieder abgeschafft und Deutschland kehrt zu dem Arbeitslosenversicherungssystem und den Sozialhilfeleistungen ante Hartz IV zurück.**





- **Die Nutzung von Leiharbeit muss wieder eingeschränkt werden. Dies kann entweder durch entsprechende Verbote oder durch per Gesetz festgelegte Verteuerung der Leiharbeit erfolgen.**

Über Leiharbeit können sich Unternehmen befristet Arbeitskräfte beschaffen. Gut für das Unternehmen, nicht gut für den meist schlecht bezahlten Leiharbeiter. Leiharbeit trägt oft zu einer Zwei-Klassen-Struktur in einem Unternehmen bei und drückt auch die Löhne der festangestellten Arbeitnehmer. Sie muss deswegen wieder eingeschränkt werden.

- **Das in den 1990er Jahren eingeführte Veto der Arbeitgeberverbände gegen die Erklärung von Tarifverträgen als allgemeinverbindlich wird wieder abgeschafft. Auftragsvergabe staatlicher Stellen erfolgt nur noch an Unternehmen, die sich an Tarifverträge halten und Mindestlöhne zahlen. Tarifverträge müssen auch bei einer Aufspaltung oder Abspaltung eines Unternehmens kollektiv weitergelten sowie bei dessen Flucht aus dem Arbeitgeberverband. Mitgliedschaften ohne Tarifgeltung (OT) in einem Arbeitgeberverband werden verboten.**

- **Der Mindestlohn wird in den nächsten Jahren sukzessive kräftig angehoben und seine Einhaltung strikter überwacht. Danach orientiert sich der Mindestlohn an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächsen. Minijobs werden nur noch in Ausnahmefällen zugelassen (Studierende, Rentner).**

Aber verschwinden dann nicht Jobs? Das kann sein. Doch worum geht es? Dass Menschen irgendeinen Job haben? Egal, wie schlecht er bezahlt wird und wie die Arbeitsbedingungen sind? Oder wollen wir Arbeit, von der Menschen leben und mit der sie zufrieden sein können? Vielleicht verschwinden bei höheren Mindestlöhnen die Lieferdienste für Pizzen. Vielleicht kehren sie irgendwann mit einer Lieferdrohne zurück. Das Beste wäre: Menschen haben wieder Zeit zum Kochen oder gehen fein aus. Noch einmal: Lohndrücken schafft keine produktive Gesellschaft, nur ein Auseinanderdriften der Einkommen.



## Wer über Produktivität nicht reden will, soll zur Rente schweigen.

### Für eine Stärkung der gesetzlichen Rente

Die 1957 von der CDU/CSU und der SPD in einer großen Sachkoalition gegen den Widerstand ordoliberaler Politiker wie Ludwig Erhard eingeführte, per Umlage finanzierte dynamische Rente ist ein Grundstein unseres Sozialstaats, den es zu pflegen und zu stabilisieren gilt.

Dynamisch ist die Rente, weil sie der Entwicklung der Erwerbsbeinkommen folgt. Umlagefinanziert wird die Rente genannt, weil sie aus den Sozialabgaben der Erwerbstätigen finanziert wird, die damit zugleich einen Anspruch auf eine Rente in späteren Jahren erwerben. Damit folgte man dem ökonomischen Gesetz, wonach Renten stets aus der laufenden Wertschöpfung finanziert werden müssen, egal, ob sie von einer sozialen oder einer privaten Rentenversicherung getragen werden. Einen Geldspeicher gibt es nur im Paralleluniversum von Entenhausen.

Dieser Sachverhalt wird auch von den meisten Befürwortern der kapitalgedeckten Rente nicht bestritten, die aus den Erträgen eines mit den Versicherungsprämien akkumulierten Anlagevermögens finanziert wird. Sie sehen den Vorteil von Ansparsystemen vor allem darin, dass sie die Rentenfinanzierung nicht nur von der Entwicklung unserer Volkswirtschaft abhängig machen, sondern die Alterungsrisiken auf dem internationalen Finanzmarkt breiter streuen können als nationale Umlagesysteme. Deshalb müsse die Umlage-

finanzierung zumindest um eine internationale Kapitalanlage ergänzt werden, wenn man sie schon nicht komplett auf eine Kapitaldeckung umstellen kann oder will. Der Hauptunterschied zwischen der umlagefinanzierten und der kapitalgedeckten Rente besteht also in der Frage, wem man mehr vertraut: der Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft oder dem internationalen Finanzmarkt.

Die Beantwortung dieser Frage sollte eigentlich angesichts der chronischen Finanzmarktkrisen leichtfallen. Dennoch wird seit 40 Jahren das Niveau der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente abgesenkt. Das allgemeine Rentenniveau lag 1978 bei 59,5 und 1990 bei 55 % des durchschnittlichen beitragspflichtigen durchschnittlichen Nettolohns nach 45 Jahren Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Heute liegt es bei 48 %, ein bis 2025 als „Haltelinie“ festgelegtes Niveau. Danach sinkt es, sofern diese Grenze nicht beibehalten wird, bis 2032 auf 44,9 %. Die dadurch entstehende Lücke in der Alterssicherung soll durch mehr private Vorsorge gefüllt werden. →





1900



1950



2020

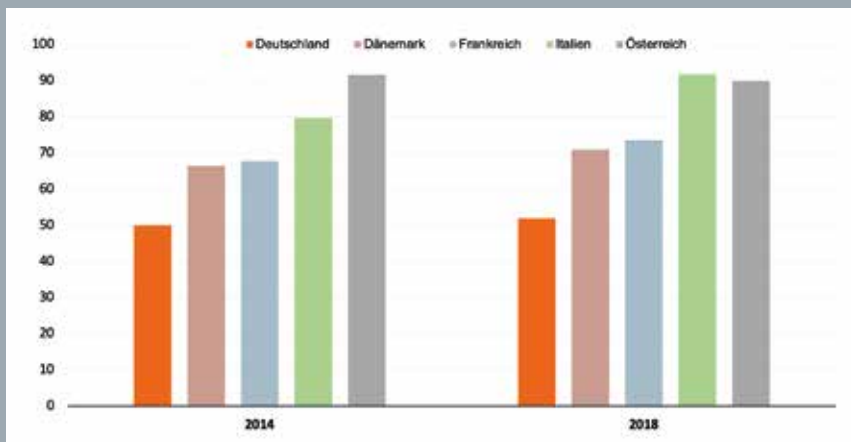


**Im Jahr 1900 kamen 12,4 Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person über 64 Jahre, 1950 waren es 6,2, heute sind es 2,6 Personen. Die vielbeschworene Vergreisung der Gesellschaft ist ein Prozess der letzten 100 Jahre. Geschadet hat er uns nicht. Es geht heute allen besser.**  
(Quelle: Destatis)

## Ersatzquoten im Vergleich

Die Ersatzquote ist das Verhältnis zwischen der Höhe der gezahlten Rente und dem letzten Arbeitsentgelt. Andere EU-Länder machen Deutschland vor, was geht.

Quelle: OECD  
(<https://data.oecd.org/pension/net-pension-replacement-rates.htm>)



Begründet wird die Absenkung des Rentenniveaus mit der demografischen Entwicklung, die sonst zu einer unzumutbaren Belastung der nachwachsenden Generation führen und die Sozialabgaben in nicht mehr verkraftbare Höhen treiben werde. Deshalb müsse die private Vorsorge gestärkt werden. Diese Erzählung beruht auf spekulativen Modellen der demografischen Entwicklung und nicht haltbaren Behauptungen über die Vorteile von kapitalgedeckten Ansparsystemen gegenüber der Umlagefinanzierung.

Die als Kompensation für die sinkende Sozialrente gedachte Riester-Rente ist gescheitert. Auch der Vorschlag der Grünen und von etlichen Ökonomen, sie durch eine Deutschland-Rente (ein von der Bundesrepublik gemanagter Investmentfonds) zu ersetzen, ist ein Holzweg. Wie bei der Riester-Rente werden die unteren Einkommensgruppen in dieses Modell nicht einzahlen können, weil dafür ihre Arbeitseinkommen keinen

Spielraum bieten. Hier müsste der Staat einspringen. Das von ihm in solche Modelle gesteckte Geld wäre in der GRV besser aufgehoben. Das zeigt das Rentensystem in Österreich. Dort zahlen alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung ein, die Durchschnittsrente liegt um 50 % über dem deutschen Niveau. Der Beitragssatz ist zwar mit 22,8 % um vier Prozentpunkte höher als in der deutschen GRV. Aber auf dieses Beitragsniveau käme man auch bei uns, wenn man die Beiträge und Subventionen zur Riester- oder Deutschland-Rente hinzurechnet.

Unsere Gesellschaft wird seit über 100 Jahren immer älter, gleichzeitig erhöhte sich unser Wohlstand und nahm die Arbeitszeit ab. Im Jahr 1900 kamen 12,4 Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person über 64 Jahre. Fünfzig Jahre später lag diese Quote bei 6,9 und heute bei 2,6. Diese Entwicklung müsste den demografischen Apokalyptikern eigentlich ein Rätsel sein.

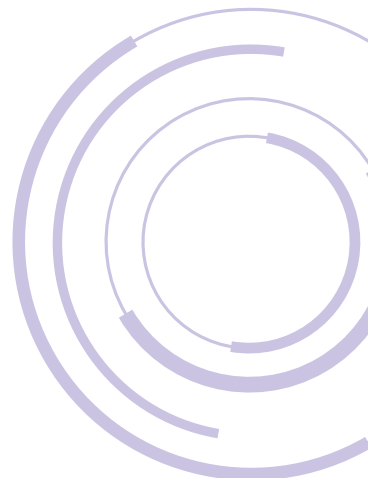
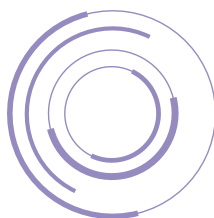


## Unser Programm:

- **Die einzig stabile Säule unseres Rentensystems ist die gesetzliche Rentenversicherung. Nur sie wird konsequent vom Staat unterstützt.**
- **Staatliche Förderungen von kapitalgedeckten Zusatzversicherungen wie der Riester-Rente werden gestrichen. Auch ein Deutschlandfonds (ein vom Staat gemanagter Kapitalanlagefonds) ist ein Irrweg.**  
Sind solche Versicherungen freiwillig, wird das untere Drittel der Gesellschaft sie sich nicht leisten können. Sind solche Versicherungen verpflichtend, stellen sie genauso wie die gesetzliche Rente mit Umlagesystem eine Zwangsabgabe dar, bieten aber nicht die Sicherheit des Umlagesystems.
- **Es werden nach und nach alle Bevölkerungsgruppen in das System der Gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen.**
- **Es wird eine Altersarmut verhindernde Grundrente eingeführt.**
- **Eltern- und Erziehungszeit sowie die Pflege von Angehörigen werden bei der Rentenfestsetzung stärker berücksichtigt.**

Die aus der volkswirtschaftlichen Perspektive entscheidende Frage für die Finanzierung der Renten ist nicht die nach der Höhe des Altenquotienten, sondern die nach der Entwicklung der Produktivität der Wirtschaft und der Einkommensverteilung.

Gute Löhne bedeuten gute Renten. Und wenn wir wirklich eine signifikante Alterung unserer Gesellschaft erleben, dann werden wir wohl über eine Anhebung der Beitragssätze für die Rentenversicherung nachdenken müssen. Dies ist aber für die Erwerbstätigen verkraftbar, wenn sie dank Teilhabe an den Produktivitätsfortschritten trotz höherer Beiträge ein besseres Einkommen haben.



# 06

## Was wertvoll ist, entscheidet die Gesellschaft, der Markt darf helfen!

Für gute öffentliche Güter und adäquat bezahltes öffentliches Personal

Wer zahlt schon gerne Steuern und Sozialabgaben? Wer hat sich nicht schon mal ein freies Leben ohne staatliche Bevormundung gewünscht? In schizophrener Gleichzeitigkeit sind wir froh um die Sicherheit, die ein moderner Sozialstaat uns allen gibt. Die Freiheit, die wir alle gerne wollen, gibt es für die meisten von uns nur, weil wir den im Artikel 20 des Grundgesetzes verankerten sozialen Rechtsstaat haben, der soziale Risiken absichert. Dies wird oft vergessen, deswegen gibt es diese Schizophrenie.

Seit den 1980er Jahren steht der Sozialstaat in der öffentlichen Kritik. Er sei gefräßig und ineffizient, die Bürokratie sei aufgebläht, schade der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sei auf Dauer unbezahlbar. Das einzige Therapeutikum, das helfe, sei seine Verschlinkung und die Privatisierung seiner Leistungen, damit die Unternehmen und die Erwerbstätigen wieder Freude an der Leistung hätten. Dies bringe Deutschland nach vorne.


Diese Erzählung ist falsch, weil sie ausblendet, dass eine produktive Wirtschaft nicht die Leistung einzelner „Leistungsträger“ ist, sondern einer gesellschaftlichen Ordnung, zu der Werte, Normen, Traditionen, Mentalitäten, kumuliertes und tradiertes Wissen, Institutionen, aber auch Infrastruktur und sozialen Frieden gewährende Absicherung gehören. Sprich: Ohne Gesellschaft und Staat ist der Einzelne nichts, zumindest verdammt wenig.

Sie ist auch deshalb falsch, weil der Sozialstaat keine überflüssigen Leistungen anbietet, sondern die sozialen Risiken wie Alterung, Arbeitslosigkeit und Krankheit absichert, die nicht damit verschwinden, dass man die Absicherung privatisiert.

Der Sozialstaat gibt dem Einzelnen Sicherheit. Soziale Sicherheit ist ein Produktivfaktor der Gesellschaft und keine Förderhilfe für Faule. Gesamtwirtschaftlich entfaltet der Sozialstaat seine ökonomische Vernunft, weil er umverteilend Menschen ohne Erwerbstätigkeit mit finanziellen Mitteln ausstattet und damit auch dafür sorgt, dass jeder am allgemeinen Wohlstand teilnimmt und so die Wirtschaft stabilisiert wird. Das war den Vätern und Müttern unseres nach dem 2. Weltkrieg aufgebauten Sozialstaats bewusst, ist aber heute leider in Vergessenheit geraten. →




*Wer gute Pflege will, muss gutes Geld zahlen.*



Er ist ökonomische Vernunft, weil er die sozialen Risiken effektiver absichert als marktwirtschaftliche Lösungen und private Versicherungen. Arbeitslosigkeit ist ein von der privaten Assekuranz nicht versicherbares Risiko. Auch die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens im Alter kann der Markt nicht gewährleisten. Im Gesundheitswesen herrscht prinzipielles Marktversagen, weil es keine Konsumentenautonomie gibt und die Ausgaben ohne öffentliche Preisregulierungen ins Uferlose wachsen würden. Der Markt ist erwiesenermaßen die teurere Alternative für das Gesundheitswesen. Die Gesetzliche Krankenversicherung bietet die gleichen Leistungen um bis zu 50 % günstiger an als die Private Krankenversicherung. Steigende Gesundheitsausgaben sind auch keine Überforderung der Wirtschaft, sondern ein ganz normaler Prozess. Dienstleistungsbereiche, die personalintensiv und deswegen weniger rationalisierbar sind als der Industriesektor, werden relativ zum Industrieprodukt immer teurer. Der Fernseher kostete vor vierzig Jahren einen halben durchschnittlichen Monatslohn, heute muss man für ein qualitativ deutlich hochwertigeres Produkt nur noch eine halbe Woche arbeiten – dank des technischen Fortschritts. Die sinkenden Kosten für Industrieprodukte ermöglichen uns höhere Ausgaben für Dienstleistungen, auch für Gesundheitsleistungen – und diese sind ja nicht nur teurer, sondern auch besser und umfassender geworden. Außerdem ist das Gesundheitswesen eine Jobmaschine mit einem jährlichen Zuwachs von über 100.000 Arbeitsplätzen.

Es ist die Entscheidung einer demokratisch verfassten Gesellschaft, ob sie bestimmte Aufgaben dem Staat oder dem Markt überlässt. Wer auch immer behauptet, der Markt könne die sozialen Risiken moderner Gesellschaften besser absichern als der Staat, hat die besonderen ökonomischen Eigenschaften und Funktionen des Sozialstaats nicht verstanden oder will sie nicht verstehen. Dessen Privatisierung ist ein teurer Holzweg, wie zum Beispiel das Gesundheitswesen der USA zeigt. Dort sind trotz „Obamacare“ immer noch 15 % der Einwohner ohne Krankenversicherung und die Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen sind um 75 % höher als bei uns.

Auch im Bildungswesen, im Wohnungsbau und in der Verkehrsinfrastruktur hat die Privatisierung verheerende Auswirkungen, wie wir leidvoll erfahren mussten.





## Unser Programm:

- **Wer gute Pädagogen haben will, muss sie gut bezahlen und ihnen Sicherheit, sprich: eine feste Anstellung, geben.**

Erzieher, Sozialpädagogen oder Lehrer werden in Japan, Norwegen, Chile oder Deutschland sehr unterschiedlich bezahlt. In der guten oder schlechten Bezahlung drückt sich aus, ob eine Gesellschaft tatsächlich verstanden hat, dass gute Erziehung und Bildung wesentlich für Gesellschaft und den Einzelnen sind.

- **Wie im Schulbereich so auch an den Hochschulen: Gute Forschung und gute Lehre brauchen gut bezahlte und fest angestellte Dozenten.**

Die Lehrenden hangeln sich perspektivlos von Zeitvertrag zu Zeitvertrag. Damit muss Schluss sein. Forscher verbringen heute zu viel Zeit mit der Beschaffung von Drittmitteln. Der Staat kann die Hochschulen aber mit ausreichenden Mitteln ausstatten, andere Behauptungen sind Märchen. Hochschulen sollen aus einer Situation der (finanziellen) Stärke mit Partnern aus der Industrie zusammenarbeiten. Dabei geht es primär um die Bündelung von Expertise, nicht von Geld.

- **Der Kapitalismus wird uns mit immer neuen Krisen überraschen. Ein Puffer gegen allzu große Verwerfungen in Krisenphasen ist ein großer öffentlicher Sektor.**

Der Staat kann seine Leute weiterbezahlen, auch wenn Firmen pleitegehen. Er trägt so zur Stabilisierung nicht nur des Arbeitsmarktes bei. Er kann als Preisanker für Löhne und Gehälter fungieren und bietet zuverlässig Dienstleistungen an. Eine wichtige Aufgabe des öffentlichen Sektors ist es auch, Menschen mit einfachen Qualifikationen einen Job zu geben. Das Kriterium ist dabei nicht maximale Effizienz, sondern die Schaffung von sinnvoller und einfacher Arbeit für Menschen, die im privaten Sektor verloren wären. Es ist sicher auch ein Beitrag zur Entschleunigung der Gesellschaft.

- **Die Beitragsbemessungsgrenze (4.837,50 € / Monat) in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau von 7.100 € angehoben. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wird auf die Beamten ausgeweitet. Selbständige erhalten erweiterte Möglichkeiten der Sozialversicherung.**


Zurzeit werden die unteren Einkommen im Vergleich zu hohen Einkommen unverhältnismäßig belastet. Mit einer Anhebung der Bemessungsgrenze und der Einbeziehung aller Einwohner in den Versichertenkreis kehrt mehr soziale Gerechtigkeit ein. Rein rechnerisch könnte so der durchschnittliche GKV-Beitrag um drei Prozentpunkte gesenkt werden. Wir wissen alle, dass insbesondere das Pflegepersonal bessere Löhne und Arbeitsbedingungen benötigt. Die zusätzlichen Einnahmen sollten deswegen zumindest zum Teil statt für eine Tarifsenkung für die bessere Bezahlung des Pflegepersonals verwendet werden.

# 07

## Treibt den Exportismus aus!

### Für eine ausgeglichene Leistungsbilanz im Interesse Deutschlands

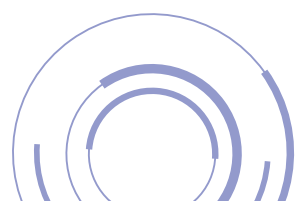
Wir Deutsche sind stolz auf den Titel des Exportweltmeisters, den wir uns auch noch selbst verliehen haben. Wir exportieren deutlich mehr, als wir importieren. Kein Land kann uns das Wasser reichen. Doch dies schadet uns mehr, als es uns nützt. Für einen nachhaltigen und gerechten Wohlstand müssen wir so viele Waren ins Land holen, wie wir ausführen. Ausgerechnet China kann ein Vorbild sein.



Die sprichwörtliche German Angst muss nichts Schlechtes sein. Sie hat sicher dazu beigetragen, dass die Welt sich von der Atomenergie verabschieden wird. Betrachtet man aber die sogenannte deutsche Wettbewerbsfähigkeit, dann weiß man nicht so recht, wie Realität und Gefühlslage zusammenpassen. Bald werde es nur noch chinesische Waren bei uns und anderswo geben, die billiger als unsere seien und deren Qualität zudem jährlich besser werde, so der ängstliche Deutsche. Die damit eigentümlich kontrastierende Realität ist, dass Deutschland deutlich mehr exportiert, als es importiert. Das kleine Deutschland übertrumpft dabei die Weltmacht China. So schlecht kann es um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit also nicht bestellt sein.

Wir werden dafür immer wieder von anderen Nationen kritisiert, unter anderem weil unsere Überschüsse in anderen Ländern Arbeitsplätze vernichten. Das importierte deutsche Auto nimmt dem amerikanischen Autobauer seinen Arbeitsplatz weg.

Selbst der IWF spricht inzwischen Empfehlungen gegen zu hohe deutsche Exportüberschüsse aus: Der Staat soll mehr investieren, z. B. in seine Infrastruktur. Und dann könnte man noch die Löhne anheben, insbesondere im Niedriglohnsegment. Beides wird die Binnennachfrage ankurbeln. Höhere Binnennachfrage führt zum einen zu mehr Importen. Zum anderen wird es Anpassungsprozesse auslösen, da das eine oder andere deutsche Unternehmen seine Produktpalette ändern und statt für den Weltmarkt mehr für den Binnenmarkt produzieren wird. →





*Die ganze Welt empfiehlt Deutschland mehr Achtsamkeit.  
Denn: Unser Exportismus schadet uns.*

## Treibt den Exportismus aus!

Wir sind ein hoch produktives Land. Eine unserer Stärken sind komplexe Spezialprodukte, die weltweit nachgefragt werden. Bedenklich ist aber, dass eine Verschiebung vom Hochleistungsprodukt „Made in Germany“ zum billigen Massenprodukt für den Export zu beobachten ist. Damit laufen wir Gefahr, unsere eigentliche Tugend – die Fertigung von Qualitätsprodukten – der Herstellung billiger Waren zu opfern. Der Preisvorteil wird über niedrige Löhne gewonnen. Diesen Kampf werden wir gegen China nicht gewinnen. Höhere Löhne fördern nicht nur die Binnennachfrage, sondern sorgen auch dafür, dass der Innovationsdruck und damit der Qualitätsdruck in der Wirtschaft bestehen bleibt.

Exportüberschüsse schaden nicht nur anderen Nationen, sondern auch Deutschland, sofern sie zu Lasten einer modernen und intakten staatlichen Infrastruktur gehen. Plastisch gesprochen: Der Stahlträger, der ins Ausland verkauft wird, und die deutsche Ingenieursstunde, die ausländischen Projekten gewidmet ist, steht für die eigene marode Brücke nicht zur Verfügung. Dieser Export ist nur hinnehmbar, wenn im gleichen Umfang ausländische Dienstleistungen und Produkte importiert würden und damit „hier“ eingesetzt werden könnten.

Leidtragende der Exportüberschüsse sind in Deutschland zurzeit insbesondere die unteren Einkommenschichten. Vereinfachen wir noch einmal, um die deutsche Situation zu beschreiben: Angenommen, die Menschen ernähren sich nur von Käse und Würsten. Wenn ein Land (z. B. Deutschland) Käse exportiert und das andere Würste und der Saldo von Exporten und Importen ausgeglichen ist, dann gibt es in beiden Ländern offensichtlich genug Nachfrage nach Würsten und Käse. Gucken wir jetzt auf den Exportweltmeister: Deutschland verkauft guten, aber zu günstigen Käse. Es wird deshalb sehr viel Käse exportiert – mehr als Würste importiert werden. Eigner und Arbeitnehmer der Käseindustrie haben dadurch viel Geld auf dem Konto. Die Nachfrage nach Würsten im Land aber ist mau. Wie kommt es dazu? Alle, die nicht vom Käseexport profitieren, können sich nicht mehr genug Würste leisten, weil ihr niedriger Lohn dies nicht hergibt. Ironie der Geschichte ist: Die billigen Vorprodukte des Niedriglohnssektors haben den guten Exportpreis für den Käse erst ermöglicht.

Der deutsche Exportüberschuss ist also Ausdruck einer sozialen Schieflage. Ausgerechnet China hat erkannt, dass eine starke Binnenmarktorientierung wirtschaftlich nachhaltig ist. Diesen Weg geht China seit der Finanzkrise 2008.





„Bald kommt alles aus China.“  
Dies ist die Sorge vieler Deutscher.

## Unser Programm:

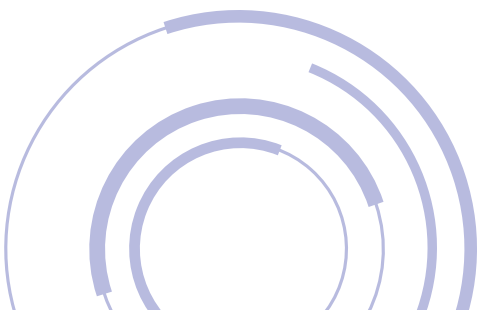
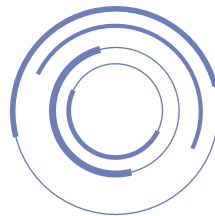
- **Deutschland muss einen langfristigen Prozess einer Neuausrichtung der Wirtschaft mit einer ausgeglichenen Leistungsbilanz (Exporte = Importe) einleiten.**

Der Prozess wird viele Jahre in Anspruch nehmen, dessen Sinnhaftigkeit muss aber erst einmal in die Köpfe von Politikern, Industriellen, Gewerkschaften und jedermann. Trumps stümperhafter Protektionismus wird kein Ausrutscher der Geschichte sein.

- **Neben einer stärkeren Binnenmarktorientierung brauchen wir eine Industriepolitik, die massiv Innovationen fördert. Das sollte insbesondere bei den Umwelttechnologien der Fall sein (Chemie, Maschinenbau, aber auch Digitalisierung brauchen wir dafür!).**

Wir wollen Produkte einer innovativen und produktiven deutschen Industrie, die sich ohne Lohndumping auf dem Weltmarkt behaupten kann. Die zu starke Fixierung auf die Autoindustrie muss beendet werden. Zurzeit hält China die deutsche Autoindustrie noch über Wasser. Das wird bald vorbei sein.

- **Viele unserer Vorschläge in den anderen Kapiteln unseres „Wahlprogramms“ werden zu mehr Binnenmarkt führen. Starker Binnenmarkt plus innovative Industrie bedeutet heute „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard).**



## Kreislauf statt Hamsterrad!

### Für eine Wirtschaft des Re-USings, des Recyclings und der Reparatur

Wer hätte sich vor 20 Jahren vorstellen können, dass der Sand zum Bauen schon heute weltweit knapp ist? Auch Phosphor wird rar, Kupfer sowieso. Laut OECD wird sich der globale Materialverbrauch zwischen 2011 und 2060 verdoppeln. Es ist deshalb höchste Zeit, eine echte Kreislaufwirtschaft zu etablieren.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre wurde ein Weg aus dem linearen Wirtschaften aufgezeigt und das Konzept *Cradle to Cradle*\* entwickelt – von der Wiege zur Wiege, als Bild für den Kreislauf von Rohstoffen und Materialien. Eine Voraussetzung hierfür ist, Produkte vom Ende her zu denken – sie also so zu entwickeln, dass sie entweder repariert oder die Einzelteile gut wiederverwertet werden können. Im Gegensatz zum bisher dominanten „Downcycling“ wird dabei die Qualität der Materialien über zahllose Produktlebenszyklen erhalten. Abfall ist nicht vorgesehen.

Wenn die Rohstoffe oder Bauteile eines Produkts mehr Wert haben, als die Rückgewinnung kostet, sind auch neue Geschäftsmodelle möglich. Denn dann ist ein Produkt für seinen Hersteller auch Rohstoff- und Ersatzteillager. Damit er im Besitz dieses Materials bleibt, bietet er dem Kunden den Nutzen des Produkts (z. B. Wäsche waschen) als Service an und stellt ihm dazu die Waschmaschine zur Verfügung. Der Kunde bezahlt nur für die Waschgänge.

Das alles ist keine graue Theorie sondern wird in unterschiedlichen Bereichen bereits umgesetzt. Das erste *Cradle to Cradle*-Produkt war ein kompostierbarer Möbelbezugstoff, der auch für die Flugzeugsitze im Airbus A 380 eingesetzt wird. Von *Werner & Mertz* wurde zusammen mit Partnern erstmals ein komplett kreislauffähiger und recyclebarer Nachfüllbeutel für Flüssigseife entwickelt, der vor kurzem mit dem deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet wurde. Die Firma *Bauwerk* bietet *Cradle to Cradle*-zertifiziertes Parkett an, das bis zu vier Mal zurückgenommen, aufbereitet und wieder neu verlegt werden kann.

Der Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft ist aber nicht nur aus ökologischer Sicht notwendig, sondern ein Gebot ökonomischer Vernunft. Denn Länder wie China sichern sich schon seit Jahren Zugang zu wichtigen Ressourcen. Es ist deshalb höchste Zeit, das Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

\* *Cradle to Cradle* ist eine international geschützte Marke



## Unser Programm:

- **Gesetz zur Kreislaufführung von Rohstoffen statt Kreislaufwirtschaftsgesetz!**

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz regelt nicht den Kreislauf von Rohstoffen, sondern die Verwertung von Abfall. An seine Stelle muss ein Gesetz treten, das die sichere Kreislaufführung von Rohstoffen gewährleistet. Hier könnte z. B. ein sukzessiv steigender, je nach Produktgruppe unterschiedlich hoher, kreislauffähiger Materialanteil festgeschrieben werden.

- **Erhebung von Abgaben für schädliche Wirkungen auf Mensch oder Umwelt**

Nicht nur CO<sub>2</sub> braucht einen Preis – auch alle anderen Emissionen, die Mensch oder Umwelt schädigen (Mikroplastik, organische Lösungsmittel, Pestizide, toxische Stoffe, die aus Produkten in Lebensmittel übergehen wie Antimon etc.) müssen bepreist werden. Egal, ob sie bei der Rohstoffgewinnung, Herstellung, Nutzung, Transport und Entsorgung oder Recycling auftreten.

- **Passende gesetzliche Rahmenbedingungen für Entwicklung der Kreislaufwirtschaft schaffen**

In Industrie, Bauwirtschaft oder Dienstleistungssektor wird Abfall produziert, weil Anreize für eine echte Kreislaufführung fehlen. Es müssen deshalb an vielen Stellen passende gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, z. B. für die großtechnische Kompostierung von Industrieprodukten und deren Rückführung als Humus in die Natur oder für sichere kreislauffähige Baumaterialien und Bauweisen. Ebenso braucht es Positivlisten von Chemikalien, Pigmenten und Additiven in den jeweiligen Industriebereichen.

- **EU bei Etablierung der Kreislaufwirtschaft aktiv unterstützen**

Die EU ist bereits viel weiter als der Bund. Am 10. Februar 2021 beschloss das Europäische Parlament den „Green Deal“, der unter anderem eine Transformation in eine Kreislaufwirtschaft vorsieht. Im Mai 2021 wurde der Aktionsplan „Null-Verschmutzung“ angenommen. Die Bundesregierung muss diese Vorlage nutzen und bei der Ausgestaltung der entsprechenden Verordnungen z. B. im Ministerrat eine proaktive Rolle einnehmen.



## Vier Krisen, eine Lösung

Für mehr Tempo bei der Agrarwende und der Bekämpfung von Artenschwund, Klimawandel und Übergewicht

Wir befinden uns im sechsten großen Massenaussterben der Erdgeschichte, in dessen Folge ganze Ökosysteme zusammenbrechen werden, und wir ignorieren diese Katastrophe erdgeschichtlichen Ausmaßes weitgehend. Denn es ist schon so lange vom Artensterben die Rede, dass es uns kaum noch erschreckt, wenn die Roten Listen der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten wieder einmal länger geworden sind. Im Mai 2019 hat der Weltbiodiversitätsrat IPBES gewarnt, dass eine Million Arten in den nächsten Jahren vom Aussterben bedroht seien. Seitdem macht der Verlust der biologischen Vielfalt endlich etwas mehr Schlagzeilen.

Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen und fragen: Was gehen mich denn die anderen Arten an? Sehr viel, denn ein Artensterben dieses Ausmaßes ist auch eine existenzielle Bedrohung für den Menschen.

Die Klimakrise wird das Massenaussterben weiter verstärken, weil sich die Temperaturen schneller verändern werden, als sich Pflanzen und Tiere anpassen können. Vor allem Pflanzen werden Schwierigkeiten haben, sich mit dem Klimawandel zu arrangieren.

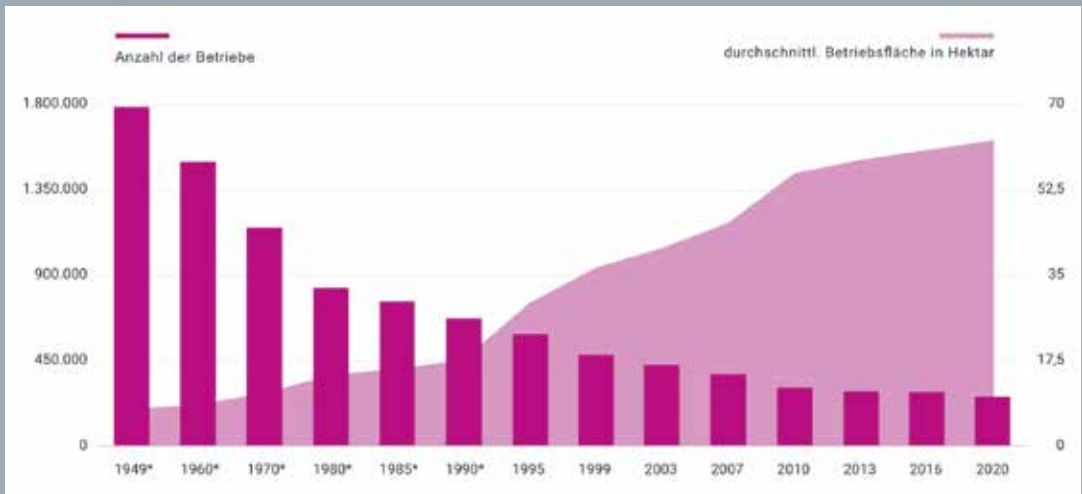
Dazu kommen zwei weitere Krisen, die mit der Klimakrise und dem Verlust der biologischen Vielfalt zusammenhängen: der weltweite Anstieg der ernährungsbedingten Erkrankungen und das Höfesterben, das in vielen Teilen der Welt Arbeitsplätze im ländlichen Raum vernichtet.

All diese Krisen hängen miteinander zusammen und genau das bietet auch Chancen für Lösungen. Die *Eat Lancet Commission on Food, Planet and Health*, ein internationales Team von Ressourcenforschern und Ernährungsmedizinerinnen, hat gezeigt, dass sich zehn Milliarden Menschen gesund ernähren können, ohne die planetaren Grenzen zu überschreiten, wenn wir halb so viel Fleisch und Zucker und doppelt so viel Früchte, Gemüse und Hülsenfrüchte essen. Das würde weniger Tiere und also weniger Anbau von Futterpflanzen bedeuten – und damit mehr Raum für viele unterschiedlichen Pflanzen auf den Äckern schaffen. Vielfalt auf den Feldern würde zu mehr Vielfalt auf den Tellern führen. →





### Höfesterben in Deutschland



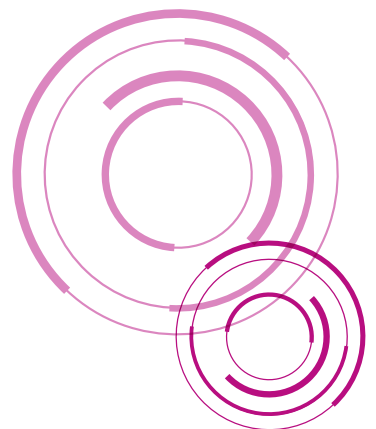
**Seit 1949 ist die die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland stetig gesunken, während die durchschnittliche Fläche je Betrieb genauso regelmäßig zugenommen hat. Im Jahr 2020 gab es in Deutschland noch 262.780 Höfe, mit einer durchschnittlichen Fläche von 63,15 ha**

BMEL: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2020

Statistisches Bundesamt: Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern (Stand: 18.6.2021)

Würde man das gut miteinander verbinden, könnten eine solche Landwirtschaft eine vielfältige Landschaft mit vielen Büschen, Hecken, Bäumen, mit breiten Fruchtfolgen auf den Feldern und extensiven Weidenlandschaften hervorbringen.

Eine wirksame Agrar- und Ernährungswende wird allerdings nicht aus der Einsicht Einzelner erwachsen. Sie muss vielmehr aktiv politisch gestaltet werden, durch eine kluge Kombination aus Ordnungsrecht, Förderprogrammen und neuen partizipativen Planungsinstrumenten auf lokaler und regionaler Ebene – und vor allem einer grundlegenden Reform der in weiten Teilen kontraproduktiven EU-Agrarpolitik.



## Unser Programm:

- **Systemwechsel der Europäischen Agrarpolitik durch Stärkung kleinerer und mittlerer Betriebe und Entlohnung von Gemeinwohlleistungen**

Nach wie vor profitieren insbesondere große Agrarfarmen von der europäischen Agrarpolitik. Um dies zu ändern, sollte z. B. die Basisprämie von Direktzahlungen bei 150.000 € gedeckelt sowie eine Verdreifachung der Mittel für kleinere und mittlere Betriebe angestrebt werden. Zudem sollte ein Punktesystem in den Öko-Regelungen zur Honorierung von Gemeinwohlleistungen eingeführt werden. Um Spekulationen mit Agrarflächen zu unterbinden, sollte das „Landgrabbing“ von außerlandwirtschaftlichen Investoren rechtssicher verhindert werden.

- **Etablierung nachhaltiger regionaler Wertschöpfungsketten mit Lebensmitteln zu fairen Preisen**

Dazu können Kommunen mit Hilfe von Biodiversitäts-, Klima- und Regionalmanager die wesentlichen Akteure aus der Region zusammenbringen, um den örtlichen Landwirten z. B. durch langfristige Lieferverträge mit örtlichen Kantinen, Behörden, Mensen etc. Planungssicherheit zu verschaffen.

- **Die Belange von Klima-, Wasser- und Biodiversitätsschutz müssen in der Kommunal- und Regionalplanung berücksichtigt werden.**

Neue Flächen dürfen nur versiegelt werden, wenn dafür die doppelte Fläche an anderer Stelle entsiegelt wird und ökologisch aufgewertet wird. Die Anforderungen an Biodiversität und Klimaschutz müssen auch für öffentliche Grünflächen und private Gärten gelten. Schottergärten müssen verboten oder mit Abgaben belegt werden, vielfältige Biodiversitätsgärten unterstützt werden.

- **Verteuerung von landwirtschaftlicher Produktion, die ausbeuterisch ist und die Biodiversität gefährdet**

Das Ziel muss eine Internalisierung der externen Kosten nach dem Vorbild des „True Cost Accounting“ sein, um Wettbewerbsverzerrungen in der Landwirtschaft zu reduzieren. Dabei ist es wichtig, dass diese Anforderungen auch für Importe gelten, damit wir nicht Umweltprobleme in andere Länder verlagern. Es bräuchte deshalb gleiche Standards für alle Lebensmittel unabhängig von ihrer Herkunft oder einen Grenzausgleich, wie er im Zusammenhang mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung diskutiert wird.

- **Strikte Vorgaben für flächengebundene Tierhaltung bei EU-Direktzahlungen und Fördergeldern**

Zu viele Tiere pro Fläche führen zur Überdüngung der Böden und fördern den Gülletourismus. EU-Direktzahlungen und Fördergelder der Länder müssen deshalb daran geknüpft werden, dass nicht mehr als zwei Großvieheinheiten (z. B. zwei Kühe oder 640 Hühner) pro Hektar landwirtschaftlich bewirtschafteter Fläche gehalten werden.

# 10

## Back to boring banking!

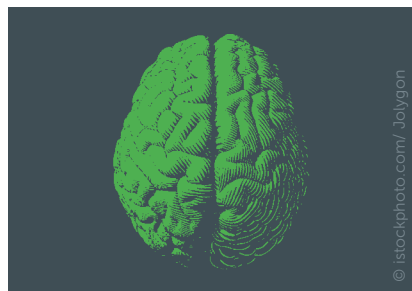
### Für einen stabilen Finanzsektor im Dienste der Realwirtschaft

Damit die Banken wieder der Realwirtschaft dienen, muss der Staat die Kontrolle über das Geldsystem zurückgewinnen. Ein wichtiges Mittel ist die Einführung eines digitalen Euros für jeden und eine damit einhergehende stärkere Trennung des Investmentbankings vom übrigen Bankengeschäft. Das Geldschöpfungsprivileg von Banken wird eingeschränkt.

Als sich die US-Regierung 2008 weigerte, *Lehman Brothers* zu retten, wusste sie offensichtlich nicht, was sie tat: Das weltweite Finanzsystem drohte in der Folge zu kollabieren, weil die Banken das wechselseitige Vertrauen verloren hatten und sich kein Geld mehr untereinander liehen. Der Zahlungsverkehr und das Kreditgeschäft drohten zum Erliegen zu kommen. Nur massive Interventionen der Staaten und Notenbanken dieser Welt verhinderten den Zusammenbruch. Die Rufe nach einer Regulierung des Finanzsektors waren in dieser Zeit laut. Passiert ist nichts – zumindest zu wenig. Banken wissen spätestens seit 2008, dass sie „too big to fail“ oder zu „interconnected“ sind. Sie sind systemrelevant, können also darauf setzen, dass sie rausgehauen werden, wenn sie in finanzielle Schräglage geraten. Das muss sich ändern.

Finanzkrisen wird es zwar immer geben. Wir können aber die Risiken minimieren. Banken müssen damit leben lernen, dass sie pleitegehen können – ansonsten bekommen wir ihre Hybris nicht in den Griff. Gleichzeitig müssen wir die Realwirtschaft und insbesondere Otto Normalverbraucher vor den Folgen von Bankenpleiten schützen.

Banken können durch simplen Computereintrag Geld auf einem Konto schaffen. Diese Geldschöpfung aus dem „Nichts“ ist maßgeblich verantwortlich für die Destabilisierung des Finanzmarktes. Dieses Recht muss eingeschränkt werden.



© istockphoto.com/ Jolygon

**Die Finanzindustrie schadet mehr als sie nutzt. Sie lockt zudem unsere besten Köpfe an, die dann in der Realwirtschaft fehlen.**





## Unser Programm:

- **Jeder im Euroraum erhält ein Girokonto bei der Europäischen Zentralbank (EZB) mit digitalen Euros. Er muss darüber seinen Zahlungsverkehr abwickeln.**

Nur Konten bei der EZB sind absolut krisensicher. Banken fungieren als Treuhänder zwischen Kunden und EZB. Banken, die mit Finanzprodukten spekulieren oder im größeren Stil Unternehmensbeteiligungen eingehen, also Investmentbanken, muss dieses Treuhänderprivileg verwehrt werden.

- **Das sogenannte „Geldschöpfungsprivileg“ von Banken wird eingeschränkt. Genossenschaftsbanken und Sparkassen werden dadurch und durch den digitalen Euro gestärkt.**

Bei diesen Banken spielt das Investmentbanking eine relativ geringe Rolle und sie verfügen zudem über einen hohen Sparüberhang. Banken werden darauf verpflichtet, Kredite nur in dem Umfang zu vergeben, wie sie über Sparguthaben verfügen. Sie können sich ergänzend Mittel bei anderen Banken oder der EZB für die Kreditvergabe ausleihen. Für kurzfristige Spareinlagen bei diesen Banken gibt es eine staatliche Einlagensicherung. Langfristige Kundeneinlagen können im Falle einer Bankeninsolvenz verlorengehen. Eine sichere Alternative sind Staatsanleihen.

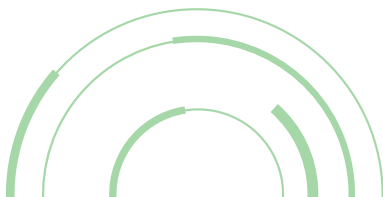
- **Investmentbanking ist weiterhin für entsprechende Institute mit Banklizenz möglich, aber stärker von anderen Bankgeschäften getrennt.**

Investmentbanken müssen sich durch Kundeneinlagen und Einlagen anderer Investmentbanken refinanzieren. Die EZB steht ihnen nicht mehr zur Seite. Eine staatliche Einlagensicherung gibt es für diese Institute nicht. Deswegen und wegen des risikoreicheren Geschäfts dieser Banken besteht ein höheres Insolvenzrisiko für diese Banken und ein höheres Verlustrisiko für Anleger.

- **Sogenannten Schattenbanken, Geldsammelstellen ohne Banklizenz, wird das Geschäft erschwert.**

Schattenbanken werden wie Investmentbanken vom anderen Bankgeschäft abgekoppelt.

- **Digitale Zahlungsmittel wie das geplante Diem (vormals Libra) von Facebook, die außerhalb der Kontrolle einer Notenbank liegen, werden nicht zugelassen oder verboten.**



# 11

## Europa, du Freude, du schöner Götterfunken, du Problemkind!

### Für eine europäische Debatte zu Demokratie und Ökonomie

Wir sind alle Europäer, eigentlich Weltbürger! Die Idee „Europa“ steht für Frieden und Freiheit, für „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard), für Zusammenhalt, für Demokratie und Gerechtigkeit. Darüber brauchen wir hoffentlich nicht streiten. Doch wie sieht das institutionelle Gefäß dieser Idee aus? Rufen wir bald die Vereinigten Staaten von Europa aus? Oder gehen wir einen Schritt zurück, und unabhängige Staaten kooperieren friedlich und zum wechselseitigen Vorteil?



In Europa ist es wie im richtigen Leben: Es gibt nichts, was es nicht gibt. Es gibt den glückseligen Europa-begeisterten, der als Lösung für alle Probleme nur „mehr Europa“ kennt und der sich vor allem über offene Grenzen freut. Es gibt den chauvinistischen Nationalisten, dem die ganze Richtung stinkt, weil er seine eigene Nation für die größte hält und mit den anderen nichts zu tun haben will. Es gibt die Durchschnitts-deutschen, die sich freuen, dass sie bei der Reise nach Italien nicht mehr umrechnen müssen, und die sich ärgern, weil die Italiener den Deutschen angeblich das Geld wegnehmen. Es gibt die Italiener, die eine Riesenwut auf Europa haben, sich aber dann doch lieber an Europa klammern, weil sie den eigenen Politikern noch weniger trauen. Es gibt Werte-Europäer, die über die Polen die Nase rümpfen, weil sie die rechte PIS-Partei wählen. Diese Hochnasen fragen sich aber nicht, ob wirklich alle Polen nun nach rechts gerückt sind oder ob diese unappetitliche Partei vielleicht nur deswegen gewählt wird, weil allein sie das „Soziale“ auf dem Zettel hat.

Was aber steht einer Realisierung der Idee von „Europa“ im Weg? Es ist der gute alte Kapitalismus, dessen beeindruckende Dynamik viele schöne Dinge hervorbringt, der aber auch droht, den sozialen und demokratischen Zusammenhalt einer Gesellschaft zu zerstören. Wenn wir über „mehr Europa“ reden, müssen wir also darüber reden, wie wir den Kapitalismus in Europa so einhegen können, dass er den Menschen dient. Wie sieht es aus, hat der Kapitalismus schon das Dienen gelernt?

Der Europäische Gerichtshof jedenfalls ist eher ein starker Treiber einer klaren Marktorientierung Europas. Denn die Richter haben ohne demokratische Legitimation die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital und Personenfreizügigkeit) quasi in den Verfassungsrang gehoben. Der liberalisierte Binnenmarkt mag schon mal zu billigeren Waren oder Dienstleistungen führen, setzt aber die Arbeitnehmer unter Druck: Unternehmer können immer mit der Abwanderung drohen, wenn ihnen etwas nicht passt.

Und Arbeitskräfte aus ärmeren EU-Ländern übernehmen anstrengende Aufgaben zu Konditionen, zu denen kein Deutscher arbeiten würde. Sie fungieren als Lohndrücker. Wir bräuchten eine grundlegend neue Verfassung, in der die vier Grundfreiheiten auf ihre Plätze (wo immer die genau sind) verwiesen werden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist dem demokratischen Entscheidungsprozess weitgehend entrückt. Die EZB ist mit einer deutlich größeren Machtfülle ausgestattet, als es die Bundesbank je war. Bundeskanzler Kohl konnte schon mal drohen, das Bundesbankgesetz zu ändern, um Bundesbanker zur Vernunft zu bringen. Über dieses Mittel verfügt der einzelne europäische Staat nicht. Die Staaten sind einer selbstherrlich agierenden EZB ausgeliefert.

Tatsächlich liegen der EZB-Konstruktion und den Restriktionen der Staatsverschuldung im EURO-Raum fragwürdige ökonomische Theorien zugrunde. Für die im Maastricht-Vertrag festgelegten Obergrenzen der Staatsverschuldung gibt es keine nachvollziehbare Begründung (man wollte einfach irgendeine Grenze), und der eigentliche Skandal ist, dass die EZB den Staaten kein Geld geben darf (was sie dann doch tut – mit abenteuerlichen Begründungen). Was immer sich die Verfasser des Maastricht-Vertrages gedacht haben: Der Vertrag legt auf jeden Fall die EURO-Staaten an die kurze Geldleine. Ein klammer Staat verfügt aber nicht über finanzielle Mittel für ausreichende soziale Sicherungssysteme, die die Arbeitnehmer vor unzumutbarer Unbill am Arbeitsmarkt schützen. Die Idee „Europa“, also die Einhegung des Kapitalismus, scheint nicht der Leitstern bei der Konzeptionierung der EZB gewesen zu sein.

Dass man Staaten pleitegehen lassen sollte, ist unverantwortliches Thinktankgeplapper. Und dass die Deutschen für die italienischen Schulden haften müssen, ist Unfug. Ein Staat kann immer von seiner Zentralbank herausgehauen werden – es sei denn, man kommt wie im Euroraum auf die aberwitzige Idee, dies zu verbieten. Man kann dankbar sein, dass die EZB trickreich diesen Aberwitz nicht Realität werden lässt.

Wenn man die EZB ließe, könnte sie den Staaten also immer genug Geld zur Verfügung stellen. Trotzdem oder gerade deswegen braucht man Regeln. Denn wenn alle EURO-Staaten sich beliebige Geldmengen von der EZB geben lassen könnten, haben wir ein Verteilungsproblem – nicht des Geldes, sondern der Ressourcen und der Produkte. Den Italienern (italienische Hersteller ausgenommen) zum Beispiel wird es kaum gefallen, wenn der deutsche Staat seinen Bürgern beliebige Geldmengen in die Hand drückt, damit sie die italienischen Geschäfte leer kaufen.

Über neue EURO-Regeln müssen wir nachdenken. Finden wir sie nicht, ist entweder der EURO oder die Idee von „Europa“ Geschichte. In unserem folgenden Nachdenkstück gehen wir auf die Löhne in Europa ein. Das ist auch eine Frage, die man diskutieren muss, wenn man „Europa“ will. Es gäbe derer viele mehr.



© istockphoto.com/ kenWiedemann

**Sieht so das Europa der Regionen aus?**



## Statt eines Programms: Nachdenkstück fürs europäische Publikum

Ökonomen behaupten, dass Länder mit unterschiedlicher Produktivität nicht in einem Währungsraum sein dürfen. Griechenland und Deutschland passen einfach nicht zusammen. Dies ist falsch. Richtig ist, dass im Euro-Raum die Lohnentwicklungen koordiniert laufen müssen. Löhne bestimmen maßgeblich die Preise eines Produktes. Entscheidend sind die Lohnstückkosten (Verhältnis von Löhnen und geschaffenen Werten), nicht die absolute Lohnhöhe. Eine hohe Produktivität erlaubt hohe Löhne. Wenn sich in Griechenland die Löhne deutlich stärker als die Produktivität entwickeln, während Deutschland die Lohnentwicklung unter der Produktivität hält, dann machen beide EURO-Länder etwas falsch. Die Produkte Griechenlands werden in Folge zu teuer sein, die Deutschlands zu billig.

Inflation mag verschiedene Ursachen haben, am einflussreichsten aber sind die Lohnstückkosten. Die EZB hat die Aufgabe, eine Inflation von knapp 2 % p. a. im EURO-Raum zu erreichen. Wenn der Lohn der maßgebliche Bestimmungsfaktor für die Inflation ist, dann verfügt aber die EZB nicht über die geeigneten Instrumente. Was wir brauchen, ist eine europäische Lohnkoordination, die die Lohnentwicklung an die Produktivität koppelt, ansonsten kommt es zu Verwerfungen innerhalb eines Währungsraumes. Das Land, das zu billig ist, zerstört die Arbeitsplätze in dem zu teuren Land.

### Deswegen müssen wir darüber nachdenken:

- Welche europäischen Institutionen bräuchten wir für die Lohnkoordination?
- Welche Selbstbestimmungsrechte müssten die Staaten dafür aufgeben?
- Welche wirksamen Sanktionen werden gegen Staaten eingesetzt, die sich nicht an die Koordination halten?
- Wie können wir Länder mit unterschiedlichen Streikkulturen und Lohnfindungsregeln in ein gemeinsames System der Lohnkoordination einbinden?
- Ist die Abschaffung des EUROs die bessere Alternative? In einem System flexibler Wechselkurse werden unterschiedliche Inflationsraten durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen. Eine Lohnkoordination ist nicht nötig.



## Impressum

### HERAUSGEBER:

Freiburger Diskurse e.V.  
Goethestr. 4, 79100 Freiburg  
kontakt@freiburger-diskurse.de  
Tel. 0761 / 29656-600  
www.freiburger-diskurse.de

### Vorstand:

Marcus Brian, Heinrich Röder

Makroskop Mediengesellschaft mbH  
Dr. Paul Steinhardt  
Stollenweg 17, 65195 Wiesbaden  
redaktion@makroskop.eu  
Tel. 0611 / 8802 211-0  
www.makroskop.eu

### REDAKTION:

Heinrich Röder (V.i.S.d.P.),  
Dr. Paul Steinhardt,  
Marcus Brian

### GRAFISCHES KONZEPT / SATZ:

www.petryundschwamb.com

### AUFLAGE:

130.000 Exemplare

### DRUCK:

EuroPrintPartner GmbH & Co. KG | 77694 Kehl  
W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG |  
70329 Stuttgart

### TITELBILD:

© istockphoto.com/MarioGuti

### HINWEIS:

Die in dieser Publikation veröffentlichten  
Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit  
Genehmigung des Herausgebers.

September 2021

Das Projekt „Wahlprogramm sucht Partei“ wäre ohne die Unterstützung von MAKROSKOP und deren Autoren nicht zustande gekommen. Wir danken ihnen hiermit ganz herzlich.

Wer das Sommerheft 2021 von MAKROSKOP, das ausführlicher unser „Wahlprogramm“ erläutert und ebenfalls den Titel „Wahlprogramm sucht Partei“ trägt, anfordern will, findet den Weg über die MAKROSKOP-Anzeige am Ende des Heftes.

Die PDF dieses Heftes sowie Hinweise, wie Sie weitere Druckexemplare anfordern können, finden Sie unter [www.freiburger-diskurse.de/Wahlprogramm](http://www.freiburger-diskurse.de/Wahlprogramm)



MAKROSKOP

Doppelnummer 2021 € 15,-  
makroskop.eu

Magazin für  
Wirtschaftspolitik

# WAHL- PROGRAMM SUCHT PARTEI

Für ein Ende  
der deutschen  
Exportfixierung!

Für ein verant-  
wortungsvolles  
Gesundheits-  
system!

Gut bezahlte  
Arbeitsplätze  
organisieren!

Ein Finanz-  
system im  
Gemeinwohl-  
interesse  
errichten!

Ein guter  
wirtschafts-  
theoretischer  
Baukasten  
ist elementar  
für alle Fragen  
der Zeit.  
**Wir haben ihn.**

[makroskop.eu](http://makroskop.eu)

Jetzt  
Freiexemplar  
sichern  
[www.makroskop.eu/  
freiexemplar](http://www.makroskop.eu/freiexemplar)



# Freiburger Diskurse

## Unsere Veranstaltungen im Herbst und Winter

21. September 2021

### **Zwischen Globalismus und Demokratie**

Prof. Wolfgang Streeck und Dr. Rainer Hank unterhalten sich über das neue Buch von Streeck.

14. Oktober 2021

### **Sind wir im digitalen Zeitalter bald alle arbeitslos?**

Ein Plädoyer für unflexible Arbeitsmärkte  
Mit Prof. Alfred Kleinknecht

3. November 2021

### **Ist Kalifornien das Griechenland der USA?**

Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Euro- und des US-Dollar-Systems  
Mit Prof. Jörg Bibow

25. November 2021

### **Führte die Inflation zu Hitler?**

Über trügerische Erinnerungen und die Inflationsangst der Deutschen.  
Mit Dr. Lukas Haffert

9. Dezember 2021

### **Wenn das Schwein divers wird**

Für 100 % ökologische Landwirtschaft und ganz viel Biodiversität  
Mit Dr. Tanja Busse u. a.

12. Januar 2022

### **Ein alter weißer Mann gibt Gas**

Ein Jahr US-Präsidentschaft Joe Biden  
Mit Prof. Christian Weller

3. Februar 2022

### **Make Gelsenkirchen schön again!**

Für lebenswerte (Wohn-)Räume in ganz Deutschland  
Mit Roland Pauli

Alle Veranstaltungen werden online sein. Die Veranstaltung am 21. September ist als Hybrid-Veranstaltung geplant, eventuell werden weitere Veranstaltungen als Hybrid stattfinden. Die Veranstaltung am 21. September beginnt um 19.30 Uhr, alle anderen um 19 Uhr.

Anmelden können Sie sich über  
**[www.freiburger-diskurse.de](http://www.freiburger-diskurse.de)**